



Wohlfahrt

ZENTRALORGAN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



Den Henkern entronnen!

Ein Reichstagsabgeordneter flüchtet aus Oranienburg Die Zustände in den Konzentrationslagern

Dem früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, Gerhart Seger, ist es gelungen, der Hölle von Oranienburg zu entfliehen. Am 12. März war er verhaftet worden. Neun Monate verbrachte er in „Schubhaft“, sechs davon im berüchtigten Konzentrationslager Oranienburg. Die Flucht aus Oranienburg wurde mit beispielloser Geistesgegenwart und unter Einsetzung des Lebens durchgeführt. Unter abenteuerlichen Umständen gelangte Seger durch die Kette der in Oranienburg aufgestellten Wächter — die Flucht war sofort bemerkt worden — nach Berlin, wo er sich neu einschleuderte und die Fahrt zur Grenze antwort. Früh um 8 Uhr begann Gerhart Seger den Wettlauf mit dem Tode um die Freiheit; um 4 Uhr nachmittags war er auf tschechoslowakischem Boden und in Sicherheit.

Gerhart Seger, der selbst das Opfer von Mißhandlungen war, wird im Laufe der nächsten Woche ein Buch über seine Erlebnisse im Lager erscheinen lassen. Gestern gab er vor Prager Pressevertretern eine Schilderung über das Leben und Leiden der Häftlinge in der Hölle von Oranienburg. Seine Darstellungen sind unüberlegbar; Seger nennt die Namen der Henker und die der Opfer. Er wird sein Buch dem Reichsjustizminister und dem Oberreichsanwalt überreichen, um ihnen Gelegenheit zu geben, die Menschenhändler, die nicht nur in Oranienburg, sondern in allen deutschen Konzentrationslagern ihr Unwesen treiben, zur Verantwortung zu ziehen. Dies ist jedoch ein Schritt von nur formaler Bedeutung, denn in Deutschland gibt es kein Recht. Um so mehr muß die Kulturmenschen ihre Stimme erschallen lassen. Als Ruf an die Welt, die der deutschen Schande viel zu gleichgültig gegenübersteht, ist auch die Anklage Gerhart Segers zu verstehen.

Ohne Recht

Gerhart Seger erzählt, daß Oranienburg das erste Lager war, das überhaupt eingerichtet wurde. Seine Entstehung verdankt es unternehmungsartigen SA-Leuten in der SA-Standard 208. Zunächst waren nur Menschen aus dem Landkreis Oranienburg untergebracht worden, später auch Gefangene aus den verschiedensten Teilen Deutschlands. Am 14. Juni wurden die ersten Abgeordneten eingeliefert; es waren sozialdemokratische und kommunistische Mitglieder des Anhaltischen Landtages. Im August waren etwa 1300 Gefangene im Lager, Anfang Dezember etwa 800.

Den Eingelieferten wird vom SA-Führer zunächst eröffnet, daß sie in einem Gefängnis seien, das nicht Polizei- oder Justizbeamten, sondern der SA untersteht. Diese Erklärung hat den Zweck, die Häftlinge darüber aufzuklären, daß sie ohne Rechtsgrundlage auch hinsichtlich der Behandlung sind. Wer in ordentlicher Polizeihaft war, also weiß, daß es für Polizeigefangene Rechtsansprüche gibt, hat als Inhaftierter des Konzentrationslagers die Polizeigefangenschaft für eine wahrhaftige Idylle.

Das Entscheidende im Lager sind nicht die Mißhandlungen, sondern die Tatsache, daß die Häftlinge in e w i g e r U n r u h e gehalten werden. Mit ihnen kam Tag und Nacht geschickte, was den Wachmannschaften gerade beliebt. Und dies ist entsetzend. Eine Beschwerde gibt es nicht. Jeder beliebige SA-Mann kann mit jedem Häftling zu jeder beliebigen Tages- oder Nachtzeit tun was er will. Oft werden die Gefangenen in der Nacht geweckt und müssen auf dem Hofe exerzieren. Am schlimmsten erging es den Angehörigen der Judenkompanie. An ihnen ließen sich die SA-Leute jede Laune aus.

Die Häftlinge werden zur Arbeit gezwungen. Man teilte die Arbeit so ein, daß die „Bongen“ und die Intellektuellen möglichst solche Beschäftigungen verrichten mußten, die ihnen ungewohnt waren. Seger wurde bei Forst- und Samalarbeiten verwendet.

Verpflegung und Unterbringung

Die Verpflegung läßt sich nicht beschreiben. Sie war so schlecht, daß sich das von den Häftlingen trotz großem Hunger weggeschüttelte „Essen“ an Bergen türmte. Es war, sagt Seger, ein

Schweinefraß. Zwar hat die Lagerverwaltung für jeden Häftling 1.50 Mark bekommen, aber sie hat nur einen geringen Bruchteil für die Verpflegung



Gerhart Seger

der Gefangenen aufgewendet. Es wurden den Gefangenen z. B. nur Futterkartoffel gegeben.

Nach Skandalöser ist die Unterbringung der Gefangenen. Das Lager ist in einer alten Brauerei eingerichtet. Die Schlafräume befinden sich in den feuchten und dunklen Kellern-Kühlräumen. Die Luft in ihnen ist nicht zu ertragen. Es kommen auf einen Gefangenen drei Kubikmeter Luft Raum; in den ältesten und schlechtesten Polizeigefängnissen sind es noch acht bis neun Kubikmeter. Im Aufenthaltsraum muß die Hälfte der Häftlinge stundenlang stehen, weil zu wenig Bänke vorhanden sind.

Mißhandlungen

Was die Mißhandlungen betrifft, so ist zu unterscheiden zwischen SA-Leuten, die zweifellos Saboten sind, und anderen, die aus anderen Gründen mißhandeln oder den Mißhandlungen fernstehen. Das es sich bei den ersten um sexuelle Triebkräfte handelt, ist gar nicht zu bezweifeln. Im allgemeinen ist bei der Einlieferung geschlagen worden und im Zimmer 16 bei der „Bernehung“; dies war meistens nur der Vorwand für das Präzedenz. Als Folterinstrumente dienten Stahlruten, Peitschen, Kolben. Die Zahl der Todesopfer dieser Mißhandlungen ist groß. Seger war Augenzeuge des Sterbens zweier Mißhandelter. Der eine, ein kräftiger Arbeiterjunge aus seiner Heimat, starb an Herzschlag in seinen Armen. Die SA-Leute hatten ihn so geprügelt, daß er vom Hals bis zum Fuße schwere Blutausströmungen erlitten hatte. Die Mißhandlungen sind vollkommen wahllos erfolgt. An Nacht dachten nur Leute, die zum Selbstmord entschlossen waren. — Vier Arbeiter aus der Nähe Oranienburgs, die im Jahre 1932 einen Hitzlerjungen geohrfeigt hatten, weil er sein Bett auf ihr Grundstück gepflanzt hatte, mußten siebzehn Stunden lang bloßfüßig auf dem Hofe marschieren. Als ein Sanitäter den Kellertopf, dem die Haut in Fetzen vom Fuße hing, verbinden wollte, bekam er vom Lagerkommandanten einen Verweis. Der Marsch der vier dauerte von Mitternacht bis 5 Uhr nachmittags.

Dunkelzelle und Stehbunker

Bestraft wurde u. a. auch durch das Verhängen von Dunkelzelle. Die Arresträume waren zwei kleine Zellen, feuchte Trockenräume, die innen schwarz gestrichen und ohne Lüftung sind. In einer solchen Zelle waren bis zu 19 Personen unterge-

bracht. Dunkelzelle wurde bis zur Dauer von sechs Wochen verhängt. Neuerdings wurden sogenannte Stehbunker eingerichtet, das sind Zellen mit einer Bodenfläche von 60 mal 80 Zentimeter. Man kann in ihnen nur stehen. Der gewalt hatte, wurde erst geschlagen, dann mußte ein jüdischer Arzt, der ein Wort der Kritik an Hitler 14 Stunden in der Stehzelle zubringen. Ein anderer Gefangener mußte 192 Stunden im Stehbunker bleiben. Als er herausgebracht wurde, hatte er geschwollene Beine und geschundene Knie. Er war zusammengeknallt und hing so tagelang in der Zelle. Zu alledem bekommen die Gefangenen im Bunker und im Dunkelzelle auch noch Kostentzue.

Ebert und Heilmann

Besonders entwürdigende Szenen ereigneten sich bei der Einlieferung der Abgeordneten Fritz Ebert und Heilmann, die zugleich mit den Leuten des Berliner Rundfunks Alfred Braun, Fiesch, Magnus und Giesecke eingeliefert wurden. Bei der Einlieferung mußte die SA antreten, in einiger Entfernung die Gefangenen. Ein SA-Truppführer namens Schulze-Wesung hielt eine Rede im Aufschrei, in der Absicht, die übrigen Gefangenen auf die neuangekommenen „Bongen“ zu hetzen. Alle sechs mußten im vorderen Hofe ihre Kleider ausziehen und bekamen die elendsten Lumpen, die im Lager aufzuhängen waren. Ihre Kleider wurden an kommunistische Häftlinge verteilt. Einige lehnten sie ab, andere nahmen sie. Drei Tage lang mußten die Häftlinge in den Lumpen umherlaufen, dann durften sie ihre Angehörigen neu einleiden. Nach der Ankleidung wurden ihnen die Haare geschoren; auf Eberts Kopf ließ man, um ihn zu verspotten, einen Sparranz stehen. Heilmann wurde in die Judenkompanie eingeteilt und mußte Unfallschicksal erdulden. Er wurde vielfach mißhandelt.

Es kamen einige Male Behördenvertreter. Wenn das Inspektionen gewesen sein sollten, so haben sie ent weder nichts finden wollen, oder sich gegen die SA-Saboten nicht durchgesetzt. Geändert hat sich nach diesen Besuchen nichts.

Sadisten als Führer der SA

Die SA-Führer im Lager sind alle Saboten; 60 Prozent der gesamten SA-Truppe besteht aus Landsknechten, 30 Prozent sind mehr als das; sie sind Folterer und Henker. Nur etwa 10 Prozent sind anständige Leute, die mit den Mißhandlungen nicht einverstanden sind. Von einer politischen Überzeugung oder politischen Idealismus ist bei 90 Prozent der SA-Leute keine Spur; sie sind bei der Truppe teils aus Romantik, teils aus Versorgungsgründen, teils deshalb, weil sie ihre entarteten jenseitigen Triebe besser befriedigen können. Von politischen Berühmtheitsbegehren in einer solchen Truppe zu reden, ist zumindest übertrieben. Um eine politische Meinung ändern zu können, muß man erst eine haben. Das trifft auf die SA-Landsknechte aber nicht zu.

Woge der Ruf Segers, der Ruf eines Mannes, der nichts als die Wahrheit, allerdings eine grauenvolle Wahrheit, kundet, nicht ungehört verhallen. 60.000 schmachten in den deutschen Konzentrationshöhlen. Sie gehen alle zugrunde, wenn sich die Welt nicht um sie kümmert!

Mißlungen „Erschließung auf der Flucht“?

Hamburg, 25. Jänner. Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet, daß, als der in Neuminster in Schubhaft befindliche Kommunistenführer Timm gestern von zwei Polizeibeamten vom Rathaus zum Polizeigefängnis transportiert werden sollte, plötzlich aus dem Hinterhalt (?) mehrere Schüsse gefallen seien. Timm habe sich dabei am Boden gewunden und erklärt, verwundet zu sein. Die Beamten erwiderten die Schüsse. Timm, heißt es in der Meldung weiter, sei ins Krankenhaus gebracht worden, wo jedoch festgestellt worden sei, daß er keinerlei Verletzungen erlitten hätte. Von den Tätern fehle jede Spur.

ARAKI

oder:

Die Sprache, die der Faschismus versteht

Ohne großes Aufsehen hat sich ein Ereignis vollzogen, das zwar nicht bedeutend genug ist, um vor einem Weltkrieg zu bewahren, das aber diesen Krieg sehr wahrscheinlich aufschieben und damit die Möglichkeit vergrößern wird, ihn vorzubringen: der plötzliche Rücktritt des japanischen Kriegsministers Araki. Mit einer Zielsicherheit, neben der sich die Politik Mussolinis und Hitlers unklar, verschwommen und weidlich ausnimmt, hat dieser General, der zugleich der Führer der japanischen Faschisten ist, seit Jahr und Tag den Krieg im Fernen Osten vorbereitet. Seine Partei, deren Rückgrat ein Stab von Karriereoffizieren, auf Abenteuer, Kriegsrühm und Beute erpicht Offiziere ist, hat seinerzeit durch einen blutigen Putsch, dessen Opfer der Ministerpräsident und andere Würdenträger wurden, die Macht an sich gerissen und seitdem den Mikado dauernd unter Druck gehalten. Wie stark der Einfluß Arakis war, läßt sich beinahe zahlenmäßig an dem Steigen des japanischen Militärbudgets nachweisen. Es beträgt für das Jahr 1934 mehr als 43 Prozent des Gesamtbudgets, nämlich 875 von rund 2000 Millionen Yen.

Araki war der Urheber der japanischen Angriffe auf China und der dauernden Herausforderungen Rußlands. Seine Politik zielte auf die Auseinandersetzung mit Rußland um jeden Preis und in kürzester Frist. Sie hat der Sowjetunion eine große Reihe von Demütigungen und faktischen Schäden aufgezogen. Wenn Rußland von einem Skabinett alten Stils regiert würde, das die Begriffe „Ehre“, „Würde“, „Prestige“ so handhaben würde wie die europäischen Diplomaten vor 1914 es taten, so wäre es längst zu dem großen Zusammenstoß in Asien und in seiner Gefolgschaft wahrscheinlich auch zu dem europäischen Krieg gekommen. Der Streit um die mandchurische Bahn, die Schaffung von Mandchukuo, der Vormarsch der Japaner zunächst entlang der Bahn, später mit deutlicher Richtung auf Tschita und mit dem Ziel, die ganze Amurprovinz im Rücken zu fassen, Rußlands asiatische Stellung durch einen Manöverangriff im Schließlichen Stil aufzurollen, dazu die kleinen Provokationen und Kadelstiche, hätten unfehlbar zum Krieg geführt, wenn Rußland nicht die größte Vorsicht und Selbstverleugnung bewahrt hätte, um zunächst einmal bessere Voraussetzungen der Abwehr zu schaffen.

Nun ist Araki gestürzt worden und ein Teil der Weltpresse feiert seinen Rücktritt als den Zusammenbruch der Kriegspartei. Diese Wertung des Ereignisses überschätzt seine Auswirkungen. Erstens ist die Kriegspartei nicht vernichtet worden und es fragt sich, ob der Ministerpräsident Saito und die von der Handels- und Industriebourgeoisie unterstützte Shidehara-Politik an die Wurzeln des Nebels herangehen werden. Zweitens ist einem Mann wie Araki und mehr noch seiner Gefolgschaft zuzutrauen, daß sie den Staatsstreich in größerem Umfang wiederholen, vielleicht nicht nur Saito, sondern auch den Mikado stürzen und ihre Politik mit Erfolg fortsetzen. Aber zunächst ist der Sturz des Kriegshebers ohne Zweifel ein Erfolg der Friedenspartei und auf eine — unter Umständen entscheidende — Zeit schaffte er eine Atempause.

Es ist nicht uninteressant, sich der Parallelen zum Fall Araki aus der Vorgeschichte des Weltkrieges zu erinnern.

Die erste große Marokkokrise war von französischer Seite durch die hitzige und zum Krieg drängende Politik DeLacassés verschärft worden. DeLacassé hat 1904-05 Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Krise zum Kriege zu erweitern. Bülow, der von Haus aus nicht den Krieg wollte, kam diese Politik sehr gelegen. Denn Rußland war in Asien engagiert, England noch durch den Burenkrieg geschwächt; die Chancen Deutschlands standen

1905 nicht schlecht und Frankreich setzte sich vor aller Welt ins Unrecht, wie neun Jahre später Deutschland. Da gelang es dem vernünftig denkenden Teil der französischen Bourgeoisie, Delcassé zu Fall zu bringen. Die Marokko-Krise wurde ohne Krieg gelöst. Freilich taucht Delcassé später als Vorkämpfer in Petersburg auf und gemeinsam mit Poincaré hat er das seine dazugetan, den Weltkrieg zu entfesseln, indem er den Russen das Rückgrat stärkte und sie in die Balkanabenteuer hegte, aus denen der Krieg entstehen mußte.

Der Führer der Kriegspartei in Serbien war 1908-09 der Kronprinz George. Seine Beseitigung erfolgte allerdings erst, als der Spruch der Mächte, vor allem Petersburgs, die herkömmliche Kriegspolitik bereits gestoppt hatte. Immerhin ist auch der Verzicht des serbischen Kronprinzen im Frühjahr 1909 ein gewisser Präzedenzfall zum Rücktritt Krakis.

Am ähnlichsten ist die japanische Situation wohl der europäischen von 1911. Damals drängte in Oesterreich der General Conrad von Hörsendorf zum Angriff auf Italien. Es gelang dem Außenminister Aehrenthal den Generalstabchef zu stürzen. Die Kriegsgefahr war für den Augenblick beseitigt. Aber Aehrenthal starb bald darauf. Im Herbst 1912 kehrt Conrad auf seinen Posten zurück. Im Sommer 1914 gehört er zu den Männern, die den Krieg bewußt herbeiführen; sonderbarerweise — denn Conrad hielt, wie er selbst schreibt, den Krieg zu diesem Zeitpunkt bereits für ein Banquet-Spiel.

Auch Krakis Rücktritt bannt die Gefahr nicht. Er schiebt die Entscheidung hinaus. Aber das kann von unschätzbarem Wert sein, wenn in zwischen die Gegenkräfte erstarken.

Was hat Krakis zu Falle gebracht? Nicht die Energie der gemäßigten Bourgeoisie, denn die ließ sich nach vor wenigen Wochen gefallen, daß die Kraki-Presse ihre aktiven Minister in der größtmöglichen Weise beschimpfte und verhöhnte. Krakis ist über den russisch-amerikanischen Vertrag gefallen.

Rußland hat, während es die japanischen Frechheiten in der Mandchurie einsteckte, im Osten die Basis einer Kriegsführung großen Stils geschaffen. Die Magazine von Chabarowsk sollen Material aller Art in Fülle besitzen. Die zweite sibirische Bahn ist im Bau weit fortgeschritten. Flugzeuge und moderne Waffen stehen am Anzug bereit. Die gute Ernte hat die innerpolitischen Schwierigkeiten vermindert. So konnte Rußland seit dem September des Vorjahres wieder eine energische Sprache sprechen. Damals erklärte der Staatssekretär Sokolnikow dem japanischen Vorkämpfer, Rußland mache Japan für die rußlandfeindliche Politik Mandchukuo verantwortlich. Im Oktober begann die bislang zurückhaltende Sowjetpresse eine Kampagne gegen Japan. Die Medien von Molotow und Kaganowitsch haben kürzlich erst bewiesen, daß Rußland bereit ist, die nächste Provokation mit dem Krieg zu beantworten. Diese Haltung dürfte auf den Mikado und seinen Außenminister Sokolow nicht ohne Eindruck geblieben sein.

Dann kam der russisch-amerikanische Vertrag, der sich, wie jedes Kind in den USA, in der USSR und in Japan weiß, gegen den japanischen Imperialismus richtet. Vor der Gefahr des Zweifrontenkrieges trat Krakis den Rückzug an. Vielleicht nur, um von neuem vorzutreten, sicher aber aus Furcht vor einem Gegner, der die Fahne zeigt.

Beratung zur Neuorientierung der Landwirtschaft

Das Landwirtschaftsministerium hatte für den 25. und 26. d. M. eine gesamtstaatliche Beratung über die Organisierung des landwirtschaftlichen Beratungswesens und über die Verbreitung des landwirtschaftlichen Fortschrittes einberufen. In seiner Eröffnungsvorrede bezeichnete Landwirtschaftsminister Dr. Hodža die Beratung als praktischen Schritt nach der Enquete der tschechoslowakischen Landwirtschaftlichen Akademie über die Landwirtschaft. Er sei überzeugt, daß der freiwillige Weg, der in Belehren und Überzeugen beruhe, für unsere Verhältnisse der annehmbarste sei, denn man müsse die Intelligenz und die fachliche Bildung der landwirtschaftlichen Praxis, wie auch die Reizung zum Individualismus respektieren. Dadurch schließe er nicht die Tatsache aus, daß in einigen Abschnitten der Verordnungsweg werde angewendet werden müssen.

Minister Dr. Hodža kennzeichnete die wichtigsten Arbeiten und Aufgaben und kündigte die Er-

Der Faschismus versteht keine andere Sprache als die Drohung. Was Rußland gelernt hat, wird auch Europa lernen müssen. Auch die Krakis bei uns: S i t t e r u n d M u s s o l i n i, werden nicht durch die verführerischen Gesten des Sir John Simon gezähmt werden. Die Sprache, die allein sie verstehen, klingt anders.

richtung eines „Reichsberatungskollegiums beim Landwirtschaftsministerium“ an, das in geeigneter Weise zur Bildung einer landwirtschaftlichen öffentlichen Meinung sowohl in fachlicher Hinsicht als auch, was die Deutung der Landwirtschaft betrifft, beitragen würde. Das Reichskollegium, das aus Vertretern führender fachlicher landwirtschaftlicher Organisationen gebildet werden soll, wird mindestens 60 Mitglieder zählen.

Die Einwände gegen die Planwirtschaft erachte er als überflüssig, denn die Landwirtschaft müsse in ihrer eigenen Struktur umorganisiert werden. Die landwirtschaftliche Praxis erwartete allerdings vor allem Taten und keineswegs lange Diskussionen.

Nach dieser Rundgebung Dr. Hodžas hielten Vorträge: Dr. Ing. E. Reich, Dr. Ing. B. Škoda, Prof. Dr. J. Šmelc und Regierungsrat Ing. A. Kunz.

Geprellte Sparerer

und Jagd nach neuen Opfern.

Der Krach bei der Reichenberger Bauparaffine „Zinslos“ hat eine Reihe armer Teufel auf schwerste geschädigt. Ein Haftantrag, den die Herren Dr. John und Klee stellten, scheint endlich die Möglichkeit zu schaffen, an die Verantwortlichen heranzukommen. Trotzdem werden weitere Vernehmungen für die „Zinslos“ abgehalten und der Versuch gemacht, neue Opfer einer Geschäftspraxis zu finden, die sich verberblisch genug ausgewirkt hat. Leider kommt ein Teil der Presse diesen Manövern zu Hilfe. Seinerzeit hat das nationale sozialistische Blatt „Volkswacht“ sich für die „Zinslos“ engagiert. Nunmehr hat — vielleicht irreführend durch eine gewissenlose Verdichterstattung — das „Prager Montagblatt“ sich eine gefährliche Falschmeldung geleistet. Im „Montagblatt“ heißt es, daß eine von der Staatsanwaltschaft angeforderte und von dem Professor Müller durchgeführte Revision der Gehaltung der „Zinslos“ haltgefunden habe und daß diese Revision für die „Zinslos“ sehr gut ausgefallen sei.

Wie wir erfahren, hat die Revision durch Professor Müller vor einem Jahr stattgefunden und sie wurde nicht im Auftrag der Staatsanwaltschaft, sondern der „Zinslos“ selbst durchgeführt.

Die Staatsanwaltschaft hat zur Revision den gerichtlich beideten Sachverständigen Dr. A. Ziegler bestellt und diese Revision wird erst stattfinden. Für die „Zinslos“ sollen einige Reichenberger Anwälte, Deutschnationalen, ebenso wie der Kommu-

nist Wedmann sehr eifrig tätig sein. Es ist im Interesse der Sparerer um so mehr nötig, einer mit falschen Angaben arbeitenden Propaganda entgegenzutreten.

Streik auf dem Zentrum-Schacht

Brüg, 25. Jänner. Auf dem „Zentrum“-Schacht in Maltheurern ist die 110 Mann starke Belegschaft, die gestern um 10 Uhr nachts die Grube verlassen sollte, bis auf 28 Arbeiter untertags verblieben. Ebenso sind 10 Mann der Sicherheitsmannschaft, die um 10 Uhr abends einführten, heute früh um 6 Uhr nicht ausgefahren. Es befanden sich heute vormittags 101 Mann in der Grube im Hungerstreik. Die Streikenden fordern eine Erhöhung der Zahl der Schichten und die Auseinanderlegung der beiden vor kurzem zu einem Betrieb vereinigten Schächte „Zentrum“ und „Humboldt II“. Ferner wurde verlangt, daß eine für die Beistellung von Hunten günstigere Arbeitszeit oberwärts eingeführt werde. Schließlich wurde die Befestigung des Betriebesleiters und eines Schichtmeisters, sowie die Wiedereinstellung eines im Dezember entlassenen Arbeiters verlangt.

Heute vormittag begab sich ein Vertreter des Arbeiterverbandes auf den Schacht, um Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und dem Unternehmer zur Beilegung des Konfliktes zu vermitteln. In diesen Verhandlungen traten die Bergarbeiter von ihrer Forderung nach Befestigung der zwei Betriebsabteilungen zurück. Die Frage der Zusammenlegung der beiden Schächte wird berghöherlich vom Sicherheitsstandpunkt aus neuerlich geprüft werden. Ueber die restlichen Forderungen wurde eine Einigung erzielt, so daß der Streik um 15 Uhr abgebrochen wurde und die Belegschaft einführte.

Arbeitslosigkeit und Nationalität

Im deutschen Gebiet doppelt so groß, als im tschechischen.

In den Mitteilungen des Deutschen Hauptverbandes der Industrie finden wir eine Uebersicht darüber, wie sich die Arbeitslosigkeit auf das deutsche und tschechische Gebiet der Republik verteilt. Von tausend Einwohnern der C. S. R. waren Ende Dezember 52,8 arbeitslos. Wenn man nur jene politischen Bezirke berücksichtigt, in denen von 1000 Einwohnern zu Ende Dezember 1933 über 100 arbeitslos waren, ergibt sich folgendes Bild: Tetschen und Gablonz a. d. N. (102,6), Saaden (104,5), Deutsch-Bahel (104,6), St. Joachimsthal (105,8), Komotau (106,2), Wallachisch-Boleslawitz (115,1), Semitz (116,5), W. Schönberg (118,2), Přebuz (122,0), Freiwaldau (122,3), Elbogen (124,5), Schludena (125,3), Jägerndorf (131,9), Aß (134,4), Branau (135,9), Karlovy Vary (138,7), Reuttschein (141,0), Freudenthal (141,2), Böhm.-Leipa (141,7), Sternberg (153,7), Starckenbach (164,7), Neudel (164,9), Rumburg (170,2), Friedland (190,6), Grassitz (202,3).

Man sieht also, es sind fast durchwegs deutsche Bezirke, welche eine Arbeitslosigkeit von 100 bis 200 auf tausend Einwohner zu verzeichnen haben. Daß die Arbeitslosigkeit in den deutschen Bezirken größer ist, als in den tschechischen, beweist auch die Berechnung des Verhältnisses zwischen Einwohnerzahl und Arbeitslosen im ganzen Staate. Während nämlich von der Gesamtbevölkerung der C. S. R. 5,28 Prozent arbeitslos waren, sind in den deutschen Gebieten des Landes (wozu jene Bezirke gezählt werden, deren Bewohner nach der Volkszählung 1930 zu mehr als 50 Prozent aus Deutschen bestehen) 9,66 Prozent, in den tschechischen 4,14 Prozent arbeitslos, so daß in den deutschen Gebieten die Arbeitslosigkeit um 4,38 Prozent über und in den tschechischen Gebieten 1,14 Prozent unter dem Durchschnitt liegt.

Englisplan von Nationaldemokraten abgelehnt

Das erweiterte Präsidium des Exekutivausschusses der tschechoslowakischen Nationaldemokratie hielt Mittwoch, den 24., eine Sitzung ab. Abgeordneter Dr. Hodča referierte über die Wirtschaft- und Finanzfragen, deren Regelung durch die Verhandlungen des Ministerpräsidenten vorbereitet wird, sowie über die Verhandlungen des Sparauschusses der Kontrollkommission.

Nach beendeter Debatte wurde einstimmig beschlossen, die Durchführung der in der Presse vorgebrachten Wirtschaftspläne abzulehnen.

Tritt Bulgarien dem Balkanpakt bei?

Bukarest, 25. Jänner. Das bulgarische Königspaar ist heute in Begleitung des Ministerpräsidenten Stojanow und des rumänischen Gesandten in Sofia, sowie zahlreicher hoher Würdenträger am Bularester Nordbahnhof eingetroffen.

Die heutigen rumänischen Blätter widmen dem Besuch der bulgarischen Gäste größte Aufmerksamkeit. „Dimineața“ meint, der Besuch des bulgarischen Königspaares sei nur ein Teil einer breiten diplomatischen Aktion, zu der Außenminister Tiliulescu die Anregung gab und deren Ziel die Erreichung einer Verständigung unter den Balkanstaaten ist, wodurch der Weg zum Abschluß eines Balkanpaktes geöffnet werde.

R. M. de Jong:

Verschlungene Pfade

Ein Roman in vier Episoden

Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen von E. R. Fuchs.

Und wieder schoß ein Stein Knapp über den Kopf des sich schnell bückenden Bauern, der, verbündet über den energischen Angriff des kleinen Wildbundes, zögernd und stierend stehen blieb. Peter lachte triumphierend.

„Hehe! Schau das Maul... voll Eierfuchen!... Dreißiger Sauler!... Komm nur her! Schlag dich mauletot!“

Nun bückte auch der Bauer sich nach Steinen und Peter überlegte, daß es Zeit zum Rückzug wäre.

„Komm, Piet“, rief er und gleich darauf rannten sie auf dem Weg weiter. Der Bauer warf ihnen ein paar Steine nach, die weit hinter ihren eiligen Füßen in den Staub fielen, aber er entsetzte sich nicht von seinem Hof, verzögert, daß er so unerwartet außer Gefecht gesetzt wurde durch den jäghornigen, leidenschaftlichen Angriff dieser Lausbuben aus der Stadt. Brummend und in sich hineinkuckend schlurfte er über seinen Hof, strich mit dem Handrücken über das verpappte Gesicht und die flebrig struppigen Augenbrauen und ging zum Brunnen, um die noch sichtbaren Zeichen seiner schmachvollen Niederlage wegzuwaschen. Von der Straße, ganz in der Ferne, klangen noch Jubelschreie, gellende Verleumdungen, doch er reagierte nicht mehr darauf und verschwand schnell durch ein niedriges Türchen des Hinterhauses.

„So 'n Sodomiterschund!“ rief Peter noch immer, schnaubend vor Wut, und zog seine Hose hoch, die bei dem raschen Lauf hinabgerutscht war. „'n Jammer, daß der Stein danebenge-

troffen hat... hätte ihm mindestens ein Aug aus seinem dreieigen Gesicht gehaut!“

Piet war erstaunt über den wilden Wutausbruch und nicht weniger über die Kaltblütigkeit seines Freundes, an dem keine Spur von Rucht zu entdecken war. Ihm selbst zitterten noch die Beine und er spähte ängstlich zurück, ob ihnen der Bauer vielleicht folge. Peter grinste, lachte immer heftiger und schüttelte sich dann in unbändiger, überreizter Freude.

„Halt gefehn, Piet“, fragte er schludend. „Das Ei is richtig gelandet, sag!... Grad über dem Bauernrohbehälter!... Sein ganzes Gesicht verpappt!... Er kommt keinen von uns mehr sehn, der Acker!... Nur 'ner Mistgabel stecken für 'n paar lausige Eier... jawohl!... Ach lach mich noch tot!“

Und aus neue brüllte er los, sich krümmend, die Hände auf den Bauch gepreßt; tauche Schmerzensstöße durchquerten ihn bei diesem unbezwingbaren Lachen. Piet erholte sich langsam von seinem Entsetzen und begann mitzulachen. Er sah wieder das wütende, braune Gesicht des Bauern vor sich, auf dem so unerwartet das Ei gelacht war, sah ihn zurückspringen, die hilflose Gebärde der großen Hände gegen die geblendeten Augen... die ganze komische Veränderung der Szene, durch die ein überlegener und furchteinflößender Angreifer plötzlich zu einem verachteten Besiegten geworden war. Und so standen sie da und brüllten unjünglich weiter, hielten einander an den Schultern gepackt und konnten sich lange nicht beruhigen. Aber als sie sich halbwegs ausgelebt hatten, erinnerte sich Peter mit einem Schlags wieder, wie der Bauer, mit seiner Mistgabel drohend, vor ihnen gestanden war, und scheidend schlug aufs neue die Enttäuschung in ihm hoch.

„So 'n dreißiger Mörder“, grüßte er wütend. „Was gilt's, ich geh zurück und schlag ihm alle Scheiben kaputt!... Oder ich steck ihm seinen lausigen Hof in Brand!“

Diese furchtbaren Drohungen erschreckten Piet und beruhigend legte er ihm seine schmutzigen

Hände auf die Schulter. „Hör, beruhige dich ein bißchen!“ sprach er ihn an. „Scheiben einschlagen und Brand stiften? Bist du auf den Kopf gefallen, sag?... Dafür wirst du ins Gefängnis gesteckt, weißt du das wohl?“

„Ach 'ne Sorge!“ prähtete Peter in königlicher Gleichgültigkeit. „Am Justizhaus is's nich so schlecht... Und dann hätten wir wenigstens dem Bauernlimmel die Todesangst auf den Hals gejagt!“

Aber nach reiflicher Ueberlegung urteilte er doch weniger nachsichtig und hielt weitere Schritte für überflüssig; er gab sein Drängen auf, wandte nach einem letzten Blick dem Bauernhof, den er eigentlich hatte verwüsten wollen, abschluckend den Rücken und setzte seinen Weg fort. Piet hielt sich dicht an ihn, zufrieden, daß sein ungeschürter Freund von seinem gewalttätigen Vorhaben Abstand genommen, und blickte verwundernd von der Seite zu ihm auf. Schon den ganzen Nachmittag hatte er es gewußt, aber die letzten Vorfälle hatten alle Zweifel verwischt; dieser tollkühne Peter war ein wahrer Held! Noch nie hatte er so etwas gesehen oder je davon gehört. Dieser schätzig gekleidete Junge wagte und konnte alles. Er brüstete sich nie und wußte immer ganz genau, was er zu sagen oder zu tun hatte — und dann sagte und tat er es auch!... Niemals hätte er für so einen erstiften freien Nachmittag einen besseren Kameraden finden können... Nur hatte er ihn schon zweimal das Leben gerettet, einmal aus dem erstickenden Schlamm und das zweitemal durch sein rechtzeitiges herzhaftes Vorgehen gegen den furchterlichen Bauern mit der Mistgabel... Noch zitterte er bei dem Gedanken an die drohend spitzigen, scharfblickenden Finken... Und wieder schüttelte ihn ein kurzes, nervöses Lachen bei der Erinnerung an den plötzlichen Umschlag der Kriegsausfähe.

„Warum lachst?“ fragte Peter mißtrauisch. „Ueber den Bauernlimmel“, antwortete Piet sachlich. „Mein Hofmeister würde sagen, daß du der geborene Strategie bist.“

„De?“ fragte der andere blinzelnd. „Der was?... Ein Straßenknecht?... Willst mich an der Nase zupfen?“

Piet lachte darauf los. „Ein Strategie“, wiederholte er und bedeutungsvoll sagte er hinzu: „Ein Feldherr... Ein Heerführer!“

„O, das meinst? brummt Peter unzufrieden. „Quasle in deiner Muttersprache!... Feldherr?... Nu, das möcht ich wohl sein!... Fein, der kann alles tun, was andern verboten is... massenhaft Feinde kaputt machen... unde... Dörfer in Brand stecken... und Städte plündern... und überall den Herrn spielen... Und dann auf 'nem Kiepenferd sitzen und alle beugen sich vor dir, und später kriecht ein Standsbild und in'n Bild steht in alle Geschichtsbücher und deine Felderdaten und so... Geschmalzen!... Unser Nachbar sagt, daß sie alle zusammen Koptlerle sind, Massenmörder nennt er sie und dreißige Diebe und Schiffe... Aber der is 'n duffeliger Fischknecht, Junge!... Dem elkt vor allem was kein is! Der raucht nich und der trinkt kein Schnaps und der raucht nich... der schwächt nur... immer quasselt er, da wird man ganz blöd davon. Meine Mutter sagte, sie möchte wohl, daß Vater auch so wäre... Nu... mein Vater ist kein Feiner nich... aber so 'n dämlicher Dieb? Re, hörte... damit is auch nicht getan...“

Einen Augenblick war es still. Dann fragte Piet:

„Trinkt dein Vater auch?“
 „Wenn er nur 'n paar Großen hat“, brummt Peter. „Dann sauft er, daß die Läufe auf seinem Kopf zerfallen... Tage nadeln... Nu ja, das is auch nicht, natürlich... der Nachbar is schon besser dran als mein Vater... und seine Kinder sicher besser als wir... Saufen is viehisch, sagt meine Mutter.“
 „Da hat sie ganz recht“, stimmte Peter leidenschaftlich zu. „Meine Mutter sagt es auch.“
 (Fortsetzung folgt.)

Ein Kampfprogramm der Deutschen Sozialdemokratie

Zum Jahrestag der Machtergreifung Hitlers veröffentlicht der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Prag, eine programmatische Erklärung, in der, nach Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation, gleichsam das Fazit der bisherigen Entwicklung gezogen und in großen Umrissen das Kampfprogramm der revolutionären Arbeiterklasse Deutschlands entworfen wird. Die taktische Richtlinie der Partei wird bestimmt durch folgenden Satz: „Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es keine Kompromisse, ist für Reformismus und Legalität keine Stätte. Die sozialdemokratische Taktik ist allein bestimmt durch das Ziel der Eroberung der Staatsmacht, ihrer Festigung und Behauptung zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. Die Taktik bedient sich zum Sturz der Diktatur aller diesem Zweck dienenden Mittel.“

Die bisherigen organisatorischen Formen der Bewegung sind zertrümmert, neue Formen, die der neuen Kampfsituation angepasst sind, müssen entstehen. Unter dem furchtbaren Druck der Diktatur, in unterhöhter, schwerer illegaler Verhüllung entsteht eine Elite von Revolutionären, die berufen sind, bei den notwendig einsetzenden spontanen Massenbewegungen die aufbrechenden Gegenkräfte im Bewusstsein der Massen zu vertiefen, ihre Entwicklung zu lenken, ihre Zielsetzung zu beeinflussen, die Verbindungen anzuknüpfen und die revolutionäre Organisation zur Massenorganisation zu erweitern.

Welches sind die Bedingungen und die Kampfziele der neu entstehenden Organisation?

Die Bedingungen und Ziele des Kampfes lassen sich nicht willkürlich bestimmen, sie erwachsen aus den sich ausprägenden Gegensätzen der kapitalistischen Gesellschaft und aus den Tatsachen der nationalsozialistischen Gegenrevolution.

Trotz des Bestehens der nationalsozialistischen Diktatur, die Massenopposition zu leugnen, verschärfen sich diese Gegensätze immer mehr. Die Allmacht des Staates, verbunden mit der Allmacht des Großkapitals und einer die Lebenshaltung der Massen herabdrückenden Wirtschaft und Finanzpolitik, muß die Massen in den Kampf für die Sicherung und Deutung ihrer materiellen Existenz hineintreiben. Aus dieser Situation erwächst mit Notwendigkeit die Forderung nach Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit und der Schaffung sozialer Kampforganisationen. Aber Koalitionsfreiheit ist nicht möglich ohne Verammlichungs-, Vereins- und Pressefreiheit. So ergibt sich auch aus den unabweisbaren Bedürfnissen der Arbeiterklasse die Forderung nach politischer Aktion, entspringt der Kampf um ihre demokratische Bewegungsfreiheit.

In diesem Kampfe steht die Arbeiterklasse nicht allein. Ihr müssen sich die vom Nationalsozialismus betroffenen Bauern, Kleinrentner, Handwerker und Intellektuelle anschließen. Die Sozialdemokratische Partei stellt sich zur Aufgabe, aus allen diesen Schichten eine große antifascistische Front zu bilden, die den Kampf gegen die fascistische Diktatur durchzuführen hat.

Dieser Kampf ist nur ein revolutionäres Durchgangsstadium zur Eroberung der ganzen Staatsmacht. Der Sturz der Despotie wird sich, wenn nicht äußere Katastrophen ihn herbeiführen, nur in der gewaltsamen Niederschlagung, nur durch den Sieg im revolutionären Kampfe vollziehen. Er wird sich ergeben, wenn die Bedingungen einer objektiv revolutionären Situation ausgenutzt werden von einer entschlossenen, vom radikalen Kampfgeist durchsetzten, von einer erfahrenen Elite geführten Partei des revolutionären Sozialismus. Er kann nur erwachsen aus der Tat der Massen selbst.

1918 kehrt nicht wieder

Die programmatische Erklärung des Parteivorstandes grenzt sich in entschiedener Weise von den Halbheiten und Fehlern der Novemberrevolution von 1918 ab. Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwerere historische Fehler, den die während des Krieges orientierte deutsche Arbeiterbewegung beging.

Die neue Situation schließt jede Wiederholung aus. Die Niederwerfung des nationalsozialistischen Feindes durch die revolutionären Massen schafft eine starke revolutionäre Regierung. Die erste und oberste Aufgabe dieser Regierung ist es, die Staatsmacht für die siegreiche Revolution zu sichern, die Wurzeln jeder Widerstandsmöglichkeit auszureißen, den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu verwandeln.

Es werden nun alle jene Maßnahmen politischer und wirtschaftlicher Natur aufgezählt, die notwendig sind, um die Macht der revolutionären Regierung fest zu verankern, die Kräfte der Novemberrevolution zu zertrümmern, und die wirtschaftlichen Grundlagen der herrschenden Massen zu zerstören. „Erst nach der restlosen Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution und nach der Befreiung der Konmandohöhen der Wirtschaft beginnt der Aufbau des freien Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung, gewählt nach allgemeinem, gleichem, geheimen und direktem Wahlrecht in Einzelwahlkreisen.“ Die Volksvertretung wählt den Chef der Reichsregierung, der die Reichsminister ernannt. Bis zum Zustandekommen

der Wahl bleibt die Revolutionsregierung im Amt. Das despotische System der zentralisierten Staatsallmacht wird durch die Verteilung einer echten freiheitlichen Selbstverwaltung innerhalb des gesicherten Einheitsstaates gebrochen. In den politischen Gemeinden werden für das Schul-, Wohlfahrts-, Gerichts- und Steuerwesen Selbstverwaltungskörper gebildet, denen die Beamten verantwortlich sind.

Sozialistische Planwirtschaft

Gegenüber allen Verfälschungen der sozialistischen Idee und den Rettungsversuchen des Nationalsozialismus durch den mit Scheinsozialistischen Phrasen arbeitenden Faschismus stellt das sozialdemokratische Kampfprogramm die sozialistische Planwirtschaft in den Vordergrund der revolutionären Aktion der Arbeiterklasse. „Die Vergesellschaftung der Schwerindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes ist kein Endpunkt, sondern nur der Ausgangspunkt für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft.“

Bei den Vorschlägen zum Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft stützt sich die programmatische Erklärung auf die Erfahrungen, die in den letzten einhalb Jahrzehnten in Sowjetrußland wie in Westeuropa gesammelt worden sind. Sie gehen allesamt von der Erklärung aus, daß nur die sozialistische Planwirtschaft eines von der Arbeiterklasse regierten Staates imstande ist, das wirtschaftliche Chaos zu meistern, das in der Periode des abwindenden Kapitalismus immer deutlicher in die Erscheinung tritt.

Diese sozialistische Neuordnung beseitigt das Ausbeutungseigentum des Kapitals, sie schützt aber zugleich das Arbeitseigentum des Bauern und des Handwerkers, indem sie es von dem Druck des Großbesitzes und von der Uebermacht des Bankkapitals befreit, und sorgt auch für die Interessen des Mittelstandes, indem sie ihn mit den nötigen Betriebskrediten versieht. Sie gliedert auch die Arbeiter der technischen und leitenden Angestellten in den sozialistischen Aufbau ein und löst auf diese Weise das Problem der Mittelschichten, die heute eine der wichtigsten Kraftquellen des Faschismus sind. Sie verfolgt aber nicht nur materielle, sondern auch geistig-kulturelle Ziele: „Die sozialistische Gesellschaft stellt die Freiheit des Geistes und der Wissenschaft wieder her: sichert Kulturarbeit und Kunst vor den Eingriffen bürokratischer und herrschaftlicher Gewalt, gibt der Persönlichkeit ihr unveräußerliches Recht und ihre Menschenvürde wieder zurück.“

So tritt einer mit Volksgemeinschafts-Phrasen arbeitenden Ideologie, die den Ausbeutungsharakter des Kapitalismus durch die Militarisierung des Staates und der Wirtschaft und durch die Vernichtung aller sozialistischen Ertragsschancen eines Jahrhunderts ungeheuer verschärft hat, die Idee der sozialistischen Wirtschaft und Gemeinschaft entgegen, nicht als allgemeine Abstraktion, nicht als fernes Ideal, sondern als ein in den wichtigsten Einzelheiten ausgearbeiteter realer Plan, deren ökonomisch-organisatorische Voraussetzung durch die bisherige Entwicklung bereits geschaffen sind. Es bedarf nur des revolutionären Zusammenschlusses zum Sturz der nationalsozialistischen Despotie, um diese Idee zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Außenpolitik der proletarischen Revolution

Sehr eingehend behandelt die programmatische Erklärung die außenpolitischen Gefahren, die durch die Aufrichtung der Hitlerherrschaft für alle anderen Völker herausbeschrieben worden sind. Der Wahnsinn des alldeutschen Eroberungsdranges verbündet sich mit der Bestialität des nationalsozialistischen Militarismus, der seine Kriegsziele offen propagiert und die Welt vor die Gefahr eines neuen Krieges stellt.

„Die auswärtige Politik der deutschen Diktatur — heißt es in der Erklärung — bedeutet eine ständige Bedrohung des Friedens und damit den Zwang zum Wettrüsten. Die Diktatur, die durch schamlosen Verfassungsbruch, durch Inzenerung des Reichstagsverbandes zur Macht gelangt ist, die durch freche Terror und schamlose Vergewaltigung von Recht und Gesetz die Macht behauptet, bietet erst recht keine Gewähr für die Einhaltung internationaler Verträge. Sie wird sie brechen, sobald sie den Druck für nützlich hält.“

Es sei nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, heißt es weiter, auf den Sturz der Despotie durch Krieg zu hoffen. Es sei vielmehr ihre Aufgabe, den Krieg zu verhindern. Deshalb verwerfe sie alle militärischen Konzeptionen an Hitlerdeutschland. Sie warne die Arbeiterparteien aller Länder, die Gefahr des deutschen Nationalsozialismus zu unterschätzen. „Gleichberechtigung der Demokratien, aber keinerlei Aufrechterhaltung für eine kriegslüsterne Diktatur! Diesem System keinen Mann und keinen Groschen, das ist die Parole der Deutschen Sozialdemokratie, das muß die Losung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sein!“

Sollte der Krieg trotzdem ausbrechen, so werden die deutschen Sozialdemokraten der Despotie in unveränderter, unveröhnlicher Feindschaft gegenüberstehen. Die Einheit und Freiheit der deutschen Nation könne nur gerettet werden durch die Ueberwindung des deutschen Faschismus. Einen neuen Frieden jedoch, der zur Fortsetzung Deutschlands führe, seine freiheitlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten hemmen würde, werde die Sozialdemokratie niemals anerkennen.

Die Einheit der Arbeiterklasse

Voraussetzung für den Sieg über den Faschismus ist die Einheit der Arbeiterklasse — diese Erkenntnis durchdringt mehr und mehr die Massen des leidenden und kämpfenden Proletariats. Die Führung der deutschen Sozialdemokratie ruft mit allem Nachdruck zur Herstellung dieser Einheit: „Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst aufgelöst. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.“

Von sich aus erklärt sich die Führung der deutschen Sozialdemokratie bereit, jede Arbeit zu unterstützen und zu fördern, die auf die Einigung der Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus hinzielt. „Wie sie die illegale Arbeit aller Gruppen, die den Kampf gegen die Diktatur und nicht gegen andere Parteien

der Arbeiterklasse führen, zu unterstützen bereit ist, so öffnet sie ihre Zeitungen, Zeitschriften und Publikationen allen Diskussionen über die Probleme des revolutionären Sozialismus, der Machteroberung und der Machterhaltung in der Ueberzeugung, daß nur aus gemeinsamer geistiger Arbeit die Verwirklichung des einheitlichen revolutionären sozialistischen Bewusstseins der Arbeiterklasse entstehen kann.“

Die Vision des Sozialismus

Es wird dem zeitgenössischen Sozialismus jetzt oft der Vorwurf gemacht, daß er unfähig sei, zu einer totalen Vision der sozialistischen Gesellschaft zu gelangen und die Allgemeinheit der eigenen Funktion in die tägliche politische Tat einzufügen. Das ist das beschränkte Kampfprogramm der deutschen Sozialdemokratie, das diesen Vorwurf, der in hohem Maße berechtigt ist, zu entkräften. Es hat aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt und versucht, der neu sich formierenden revolutionären Bewegung in Deutschland eine totale Vision der sozialistischen Neugeschaltung vor Augen zu führen. Die unter dem Druck der Diktatur stehenden proletarischen Kräfte den leidenschaftlichen Auftrieb zum revolutionären Kampf und gleichzeitig die Fähigkeit zur sozialistischen Behaltung geben soll. Es will sowohl die Kräfte der sozialistischen Erkenntnis wie des revolutionären Willens mobilisieren. Es hat seine Ziele nicht auf revolutionären Wunschträumen auf, sondern auf klarer, nüchternen Erkenntnis der realen Wirklichkeit, ihrer Kräftequellen, wie ihrer inneren Widersprüche. Und es mobilisiert die inneren Kräfte des Proletariats wie der zu ihm neigenden Schichten nicht für die Verwirklichung irgendwelcher utopischer Konstruktionen, sondern für die Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele, die sich aus der heutigen Situation mit ebener Notwendigkeit ergeben, wenn das deutsche Volk nicht für immer in den Abgrund unsagbaren Elends und unvorstellbarer Barbarei verfallen will.

Indem die deutsche Sozialdemokratie zum Kampf gegen die fascistische Barbarei aufruft, führt sie den Kampf für die großen und unbegrenzlichen Ideen der Menschheit ebenso wie für die Lebensinteressen des deutschen werktätigen Volkes, das heute nur die Ketten seiner Anarchie zu verlieren hat, aber die Welt der Freiheit und des Sozialismus gewinnen kann!

England bremst

zunächst erst Einschreiten der Großmächte in Berlin

LONDON, 25. Jänner. Im gestrigen britischen Ministerrat wurde auch der österreichische Konflikt erörtert. Wie in London politischen Kreisen verlautet, wurde beschlossen, daß der britische Botschafter in Berlin dahin wirken soll, den Konflikt beizulegen.

Wie die „Times“ erfahren, wurde der österreichische Gesandte in der Nacht nach Verteidigung des Kabinettsrates im britischen Außenamt nochmals empfangen, wo ihm die Absicht der britischen Regierung bekanntgegeben und auch bedeutet wurde, daß die österreichische Regierung mit ihrem Appell an den Völkerbundrat bis zu dem Zeitpunkt warten solle, in welchem das Ergebnis der in Berlin erfolgenden Intervention der britischen, der französischen und der italienischen Regierung bekannt sein wird.

Die „Times“ bemerken zu der gegenwärtigen österreichisch-deutschen Lage u. a.: Es ist kaum daran zu zweifeln, daß unverzüglich internationale Komplikationen in Mitteleuropa eintreten würden, wenn der Nationalsozialismus in diesem Augenblicke in Österreich die Oberhand gewinnen würde. Deshalb ist

es sehr wichtig, daß Großbritannien und die anderen ständigen Mitglieder des Völkerbundesrates, welche auch den Viermächtepakt unterfertigt haben, den ersten Schritt in Berlin unternehmen und dort deutlich zu verstehen geben, daß ihnen sehr daran gelegen ist, daß Deutschland im Interesse des Friedens und seines eigenen guten Rufes weitere Komplikationen verhüte und die Kampagne von Verleumdungen und Gewalt gegen die österreichische Regierung einstelle.

Auch die Demarche in Berlin noch fraglich?

Nach einer späteren Reuter-Information „von gut informierter Stelle“ wurde dem britischen Botschafter in Berlin bisher keine Instruktion gegeben, bei den deutschen offiziellen Stellen mit Rücksicht auf die von den Nationalsozialisten in Österreich entfalteten Tätigkeit einen Schritt zu unternehmen. Man glaubt, daß zuerst notwendiger Weise die deutsche Antwort auf die österreichische Note überprüft werden müsse, obwohl die Möglichkeit eines britischen Schrittes in Berlin für die Zukunft nicht ausgeschlossen (!) erscheint.

Einen Monat nach dem Freispruch Rettet Dimitrow und Torgler

Paris, 25. Jänner (Anpreß.) Auf Grund der Tatsache, daß Dimitrow, Torgler, Popoff und Taneff noch heute, mehr als einen Monat nach dem Freispruch durch das Reichsgericht, widerrechtlich in Haft gehalten werden, hat das Internationale Befreiungskomitee eine Sitzung der ihm angeschlossenen Organisationen einberufen, an der 31 Organisationsvertreter teilnahmen. Nach einem Bericht des Rechtsanwaltes Billard wurde beschlossen, eine breite Befreiungskampagne für die Freigesprochenen einzuleiten, die bereits in dieser Woche mit Massenprotestmeetings und Demonstrationen in ganz England ihren Anfang genommen hat. Am 1. Februar ist in ganz Frankreich nationaler Befreiungstag. In einem Meeting im Salle Wagram werden die Köhler Jolas und hervorragende Vertreter der Wissenschaft, Kunst und

Politik sprechen. In der französischen Provinz finden ebenfalls an diesem Tage ungefähr 32 Meetings statt.

Das Internationale Befreiungskomitee hat weiter beschlossen, nunmehr auch eine große Befreiungskampagne für Ernst Thälmann, der von einem Hochverratsprozeß bedroht wird, und für alle gefangen gehaltenen Antifaschisten, insbesondere für die 60 vom Genferbeil Verbotenen, einzuleiten.

Die Annahme von „Erbhöfen“

müß den „Führern“ erst ausdrücklich verboten werden

Berlin, 23. Jänner. Nach einer neuerlichen Verfügung des Stellvertreters des Führers Rudolf Heß ist es den Führern der NSDAP. untersagt, Anwendungen aller Art höherer Wertes anzunehmen. Hierunter fallen insbesondere auch „Erbhöfe“.

Reichstagsparade am 30. Jänner

Berlin, 25. Jänner. Das Hauptbüro des Reichstages teilt mit: Am Dienstag, den 30. Jänner, um 15 Uhr Zusammentritt des Reichstages mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Die neue Reichstagsführung findet wieder in der Kroll-Oper statt. Es sind allerdings wiederum Bestrebungen im Gange, die Reichstagsverhandlungen in einen anderen geeigneten Raum zu verlegen. Vor allem dürfen hierfür finanzielle Gründe bestimmend sein. Für die Vermutung der Kroll-Oper muß das Reich nämlich ein hohes Monatspauschal bezahlen. Man hat daher die Erwägung aufgegriffen, die Reichstagsverhandlungen in den Plenarsitzungssaal des ehemaligen preussischen Landtages durchzuführen.

Krupp gut beschäftigt

14.000 Arbeiter mehr — 2 Millionen Mark weniger Lohn.

Berlin, 25. Jänner. Der Kruppkonzern hat seinen Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1932-33 herausgegeben, aus dem hervorgeht, daß im verflochtenen Jahr die Produktionsleistung des Konzerns stark gestiegen ist, obwohl die Ausfuhr ins Ausland auch im Vergleich zu dem sehr schlechten vorausgegangenem Jahr ein weiteres Sinken verzeichnet.

Die Zahl der Arbeiter und Beamten des ganzen Krupp-Konzerns ist bis Ende des Jahres 1933 annähernd auf 60.000 Personen, d. i. um 14.000 mehr als am Ende des vorausgegangenen Jahres gestiegen. Trotzdem wurden an Löhnen und Gehältern um zwei Millionen Mark weniger als im vorausgegangenen Jahre, nämlich 67,4 Millionen Mark ausbezahlt.

Preßgesetzentwurf der französischen Regierung abgelehnt

Paris, 25. Jänner. Der gesetzgebende Ausschuss der Kammer hat einstimmig den Regierungsentwurf betreffend die Preßgesetzreform (Verschärfung der Verfolgung von Presseverbrechen) abgelehnt und als Grundlage der Debatte den Gegenantrag des Deputierten der Rechten Fernot angenommen.

Parlamentarische Untersuchung der Stavisky-Affäre abgelehnt

Paris, 25. Jänner. Der Stammerausschuss für die Tagesordnung beschäftigte sich mit einigen Resolutionsanträgen für die Ernennung eines Ausschusses zur Untersuchung der Stavisky-Affäre. Der Ausschuss nahm eine kurze Darstellung des Ministerpräsidenten Chaumemps entgegen, der erklärte, die Regierung werde zur Klärung der Angelegenheit, falls sich die Kammer für die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses entscheidet. Der Ministerpräsident deutete ferner an, er habe nichts gegen eine außerparlamentarische Untersuchungskommission, z. B. wie sie die Sozialisten vorschlagen und die sich aus Abgeordneten, Senatoren und hohen Beamten zusammensetzen würde, einzusetzen. Chaumemps erklärte sodann bereit zu sein, den Text der notwendigen gesetzlichen Maßnahmen unverzüglich vorzulegen, falls er hierzu durch die Annahme einer Resolution, ähnlich der der sozialistischen Gruppe, aufgefordert werden würde.

Von vier Kugeln trifft keine

Paris, 25. Jänner. (Havas) Im Belodrom Parc de Princes fand heute früh das Duell zwischen den Abgeordneten André Hesse und dem Journalisten Veinier statt, durch dessen Artikel Hesse sich in seiner Ehre betroffen fühlte. Es wurden vier Kugeln gewechselt, von denen jedoch keine traf.

Die spanischen Agrarier für die Republik

Madrid, 25. Jänner. Der 35 Abgeordnete zählende Klub der Agrarpartei erklärte in feierlicher Weise, dem republikanischen Regime treu zu bleiben. Nur Cruz Romanones ist aus dem Klub ausgetreten und erklärte hierbei, Anhänger des monarchistischen Regimes zu sein. Die Position des Zentrum und des Kabinetts Verrong ist durch den wichtigen Beschluß des Agrarklubs erheblich gestärkt worden.

Studentenstreik in Spanien

Paris, 24. Jänner. Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Madrid sind die Studenten sämtlicher spanischer Universitäten in den Streik getreten. In Madrid, Sevilla und Valencia ist es zu leichten Zwischenfällen gekommen; hier haben die Studenten verschiedene Forderungen gestellt. Eine Gewandbewegung von Studenten, die den Streik may billigen, wird angekündigt.

Tagesneuigkeiten

Wird Offizier zu Tode gemartert?

In einem offenen Briefe, der von den „Times“ veröffentlicht wird, fordert William Stead die zivilisierte Welt auf, gegen das Schicksal des russischen Schriftstellers von Offizier zu protestieren, der infolge der furchtbaren Behandlung, der er seit einem Jahre im Konzentrationslager ausgesetzt ist, sich dem Tode nahe befindet.

175 Todesopfer einer Schiffskatastrophe

Schanghai, 25. Jän. (Reuter.) Einer erst jetzt einlaufenden Meldung zufolge ist am 21. Jänner auf dem Jangtsekiang ein kleiner Dampfer gesunken und in Flammen aufgegangen. Von den Passagieren sind mindestens 175 Personen ums Leben gekommen. Die Katastrophe Überlebenden sind jetzt in Schanghai eingetroffen.

Katastrophe im Fabrik-Frühstücksraum

Böllingen, 25. Jänner. Im Frühstücksraum der Edelfabrikwerke ereignete sich am Donnerstag Vormittag 10 Uhr ein bisher unaufgeklärter Unfall einer Explosion, die das Gebäude vollständig zerstörte. Ein Teil der Belegschaft, der sich gerade in diesem Raum aufhielt, wurde unter den Trümmern begraben. Ein Arbeiter wurde als Leiche geborgen, acht wurden verletzt, davon mehrere schwer. Der Aufseher des Aufenthaltsortes liegt noch unter den Trümmern.

Geglückter Fallschirm-Abprung

Flugzeugabsturz bei Eger.

Prag, 25. Jänner. (TRC.) Heute, Donnerstag, den 25. d. M., um 10 Uhr, kam es bei einem Übungsfluge in der Umgebung von Königsdorf a. d. Eger zu einem Unfall des Militär-Jagdflugzeuges, Type Va-33. Bei dem Flug entstand in der Höhe von 4000 Meter eine Störung am Flugzeug, und der Pilot-Jagdführer Selucky von der 31. Fliegerabteilung war genötigt, vom Fallschirm Gebrauch zu machen. Der Fallschirm öffnete sich regelrecht, und der Flieger konnte mit Erfolg landen. Das Flugzeug fiel auf den Boden und wurde zerschmettert. Die Ursache des Unfalles wird von einer vom Ministerium für Nationalverteidigung entsandten Sonderkommission untersucht.

40 Amerikaner lynchen einen Neger

London, 25. Jänner. Nach einer Reuter-Meldung aus Sazard (Kentucky) brachen 30 bis 40 bewaffnete und maskierte Männer am späten Abend des Mittwochs in das Gefängnis ein, bemächtigten sich eines 20jährigen Negers namens Rex Scott, schleppten ihn in einen Kraftwagen und fuhren davon. Ungefähr 300 Personen, die sich vor dem Gefängnis angesammelt hatten, sahen zu. Eine Anzahl von Kraftwagen folgte. Der Sheriff nahm mit 50 Mann die Verfolgung der Menschenräuber auf. Sie konnten aber nur die Leiche des Negers, die an einem Baum hing, finden. Sie war von 40 Schüssen durchbohrt. Scott war beschuldigt, einen Bergmann lebensgefährlich verletzt zu haben.

Das Lynchen in den Vereinigten Staaten hat beträchtlich zugenommen. Im Jahre 1932 waren im ganzen nur sechs Lynchenmorde zu verzeichnen, im Jahre 1933 dagegen wurden 42 Schwarze und 5 Weiße gelyncht.

200.000 Dollar für Menschenräuber . . .

St. Paul (Staat Michigan), 25. Jänner. Die Familie des bekannten Bankiers Edward Bremer, welcher vor einigen Tagen von Räubern in einem Automobil entführt worden war, war die ganze Nacht von Mittwoch auf Donnerstag versammelt und erwartete ängstlich das Ergebnis der neuen Verhandlungen mit den Entführern, welchen sie gestern in einem besonderen Automobil das geforderte Lösegeld von 200.000 Dollars gesandt hatte. Die Familie erfuhr jedoch noch im Laufe der Nacht, daß es nicht gelungen ist, die Geldsumme den Entführern zu übergeben, da die zwei Automobile, in welchen sich die Entführer und wahrscheinlich auch der entführte Bankier Bremer befanden, sich auf dem Kreuzwege einem anderen Automobil angeschlossen als demjenigen, welches der Verabredung gemäß das Geld mitführte. Die Freunde des Bankiers Bremer und dessen Familie gaben den Räubern in den Zeitungen bekannt, daß das Lösegeld vorbereitet ist, daß sie bei der Hebergabe keine Fragen stellen und die weitere Anknüpfung der Beziehungen mit den Räubern erwarten.

Die Bestechungsaffäre bei der Firma Bittel und Brausewetter

Neue Verhaftungen.

Die Bestechungsaffäre bei der Brünner Baufirma Bittel und Brausewetter nimmt immer größeren Umfang an. Die Untersuchung durch die Brünner Polizei ergab, daß auch andere Filialen der Firma die gleichen „Geschäfte“ machten wie die Brünner Filiale. Auf Grund des beschlagnahmten Materials fuhr ein Beamter der Brünner Polizeidirektion nach Trautenau, der nach Durchsicht der Bücher der dortigen Filiale der Firma Bittel und Brausewetter den Filialleiter Baumeister Kunze verhaftete.

Auch der verhaftete Filialleiter Ing. Hansel aus Nähr-Schönberg befindet sich bereits in Brunn in Haft. Die Brünner Polizeidirektion hat außerdem die Nachricht erhalten, daß die Firma Bittel und Brausewetter in Teplih-Schönau eine Villa besitzt. Es wurde ein Beamter nach Teplih entsendet, der das Archiv in der Villa beschlagnahmte und nach Brunn brachte.

Die Wallenstein-Veranstaltungen in Eger

Zur Feier des 300-jährigen Jubiläums der auf den 21. Feber fallenden Ermordung des großen Heerführers Albrecht von Wallenstein durch den Herzog von Deveroux werden in Eger große Vorbereitungen getroffen. Der Festausflug umfaßt Mitglieder des Stadtrates, und die Vorsitzenden der verschiedenen Unterausschüsse, denen die Durchführung der künstlerischen, Propaganda- und finanziellen Arbeiten obliegen wird, sowie die Vertreter des tschechischen Ortskulturrates. Die künstlerischen und Theateraufführungen sowie die übrigen Veranstaltungen werden bis August dauern. U. a. wird auch eine Wallenstein-Ausstellung durch eine Festigung des Gemeinderates eröffnet werden.

Fußboden-Einsturz in einer Kirche

London, 25. Jänner. Wie Reuter aus Portsmouth (Ohio) meldet, ist dort in der Kirche während eines Gottesdienstes der Fußboden eingestürzt. Von den 400 Anwesenden stürzten zahlreiche in das Kellergerölbe. Etwa 50 Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Eine weitere Schneidebewegung war nur bei einem der kürzlich hingerichteten sechs Kommunisten notwendig, um das Haupt vollständig vom Rumpfe zu trennen. Die fünf anderen Köpfe fielen, da der Scharfrichter mit deutscher Gründlichkeit zugeschlagen hatte, nach je einem Streich, ohne daß eine „weitere Schneidebewegung notwendig“ gewesen wäre. Ja, da lassen sich die braunen Richter und Scharfrichter gewiß keine Schlampereien zuschulden kommen, wenn es gilt, Köpfe rollen zu lassen. Der Kopf muß richtig rollen! Und hängt er noch ein bißchen, dann ist noch eine weitere Schneidebewegung notwendig und das Notwendige wird auch getan. So wie der Fleischhauer mit dem Messer noch einen Schnitt macht, um Fleisch völlig vom Knochen zu lösen, so macht der deutsche Scharfrichter, dem dabei der deutsche Richter überwachend zuschaut, noch einen Schnitt, um einen Kommunistenkopf gänzlich vom Rumpfe zu lösen. Und auf diese Gründlichkeit, die ihnen wirklich niemand in der Welt nachmacht, kein oberster Hofschaffner eines asiatischen Despoten, kein Kopfhäger aus Borneo, sind die Deutschen stolz und damit die Welt sie nicht übersehe, teilt der „Neudeutsche Pressedienst“, dessen besondere Aufgabe die Bekämpfung sogenannter Greuelnachrichten ist, in einem sehr ausführlichen Bericht jede Einzelheit dieser Hinrichtung, der sechsfachen Hinrichtung mit.

Wie sieht es in neudeutschen Köpfen aus? Kein Angehöriger des abendländischen Kulturkreises vermag sich das vorzustellen, wie es in einem Sonnenhirn mit brauner statt grauer Hirnmasse aussieht. So kann auch der Nichtsunne nicht begreifen, daß ein solcher Bericht eigens zur Bekämpfung der Greuelnachrichten ausgegeben wurde. Hat denn jemand den Hitler-Vestien nachgesagt, daß sie nicht erst genug morden? Das wäre der einzige Vorwurf, der durch die Mitteilung, daß jede Enthauptung nur zwanzig Minuten, eine aber nur vierzehn gedauert habe, entkräftet werden könnte. Die Menschheit, zu der sich die Hunnen ja selber nicht rechnen, sonst hätten sie nicht die Worte Humanität und Kultur verpönt, ist weniger über etwa ungenügend rasches Köpfen, als über das Köpfen entsetzt und der detaillierte Bericht über sechs Hinrichtungen, die erst mit Übungen auf dem Manöverfelde ausgeführt wurden, kann Empörung und Entsetzen nur steigern. Greuliches vermag man sich in den Vereichen der Zivilisation nicht vorzustellen, als die „weitere Schneidebewegung“ und den sachlich-amtlichen Bericht über sie, nichts könnte unschärfer für Kulturmenschen und charakteristischer für das vorsteinezeitliche Fühlen und Denken der Hitlerianer sein als ihre Meinung, dieser Bericht wirke — Greuelmeldungen entgegen!

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung

Treffen der Arbeiter-Wintersportler am Keilberg!

Bisher war den Arbeitersportlern das klassische Wintersportgebiet des Keilberges verschlossen. Die Arbeiter aus den Industriegebieten von Karlsbad und Komotau konnten es sich eben nicht leisten, neben der tenen Fahrt noch die kostspielige Übernachtung und Verpflegung aufzubringen. Ueber Antrag des Bundeswintersportausschusses des Auslands am vergangenen Sonntag in der Naturfreundehütte am Keilberg eine Sitzung der Arbeiterwintersportler statt. Die Arbeiter-Turnvereine Weipert, Schmiedeberg, Stolzenhain und Wölschitz-Wiesenthal, der 6. Kreisverband des Ausl., der 3. Bezirksverband des 5. Kreises und der 1. Bezirksverband des 6. Kreises, sowie der Gau Karlsbad der „Naturfreunde“ waren vertreten. Es wurde die Erhaltung und Verwaltung der Herberge am Keilberg sowie die Organisation eines Keilbergtreffens der Arbeiterwintersportler durch beraten.

Am Hange des Keilberges liegt an der Straße zwischen Gottesgab und Stolzenhain eine Wanderherberge, erbaut von Chemnitzer Arbeitersportlern. Im Herzen dieses idealen Wintersportgeländes und zwischen dem Keil- und Fichtelberg wurde damit der Stützpunkt für die Arbeitersportler geschaffen. Die Verhandlungen der Arbeiterturner und Naturfreunde führten nun zu dem Beschluß, gemeinsam für die Erhaltung dieser Arbeitersportlöhütte am Keilberg zu sorgen. Für K 3.20 können die Arbeitersportler übernachten, Arbeitslose schon für K 2.40. Durch diese Arbeitersportlöhütte besteht nun die Möglichkeit, auch im Sommer auf mehrere Tage in das Keilberggebiet wandern zu können.

Am 25. Feber soll das erste Keilbergtreffen unter Leitung des Kreiswintersportausschusses stattfinden. Das Programm sieht am Vormittag einen 6-Kilometerlauf für Sportler und einen 4-Kilometerlauf für Jugendsportler und Sportlerinnen vor. Nachmittags ist ein Eispringen auf der Keilbergschanze geplant, welche von der Keilbergkummit bereitgestellt zur Verfügung gestellt wird. Dadurch wird unseren Arbeitersportlern Gelegenheit gegeben, auf einer ganz großen Schanze ihr Können zu beweisen. Meldungen zu den Wettkämpfen sind an die Kreisleitung des 6. Kreisverbandes (Vergarbeiterheim in Jankau a. E.) zu richten.

An der Arbeiterschaft der Bezirke Weipert und Neudöbenthal liegt es, dieses Treffen zu einer Massenfundgebung werden zu lassen, die Arbeitersportler des Erzgebirges und der Industriebezirke Karlsbad und Komotau werden für eine Massenfeierleitung an den sportlichen Wettkämpfen sorgen.

Regelung der Semesterferien. In der Tagespresse waren Nachrichten über eine Aenderung der heutigen Halbjahresferien erschienen. Vom Unterrichtsministerium wird hiezu mitgeteilt, daß an eine Aenderung dieser Ferien nicht gedacht wird und die heutigen Ferien vom 31. Jänner bis 4. Feber dauern werden. Die Semestrafzeugnisse und Schul-Nachrichten werden am 30. Jänner ausgefertigt.

Doppelselbstmord zweier Frauen. In Prag XIX wurden gestern nachmittags die beiden österreichischen Staatsangehörigen Luise Prokofowa und ihre Aunje Valentine tot aufgefunden. Sie hatten sich mit Leuchtgas vergiftet.

Unerwünschte Einfuhr. Die deutschen Nationalsozialisten planten in diesen Tagen im süderdeutschen Nordfriesland, das 1920 durch Volksabstimmung an Dänemark fiel, das Nationalsozialistische Schauerstück „Schlageter“ aufzuführen zu lassen. Der dänische Justizminister hat von diesen Plänen erfahren und daraufhin das Textbuch eingefordert. Nach Einsichtnahme in dieses Buch wurde die Aufführung selbstverständlich in Dänemark verboten. Die gleichgeschaltete reichsdeutsche Presse schimpft darüber sehr.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Samstag:
Prag, Sender S.: 14.30 Violinkonzert, 15.10 Deutsche Sendungen: Liedertunde, Deutsche Pressenachrichten, Sender L.: 16.50 Rundfunk für die Jugend, 17.35 Tschechische Konversation, 18.10 Rundfunk mit Eben Hedra in Wien's Wälden, 19.00 Deutsche Presse nachrichten, 19.35, Wasmusik, 20.35 Jurik: Zwei Pterois, humoristischer Monolog, 22.00 Letzte Nachrichten. — Brunn: 11.00 Vormittagskonzert, 16.00 Salonorchester, 18.25 Deutsche Sendungen: Schrammeltier. — Rastau: 17.15 Marionettentheater, 20.35 Unterhaltungsmusik. — Breiburg: 18.20 Orchesterkonzert, 18.50 Musikkonzert. — Wien: 11.30 Stunde der Frau, 16.30 Chorvorspiel, 17.35 Mandolinkonzert, 20.00 Die Verliebten, Komödie von Goldoni. — Frankfurt: 16.00 Nachmittagskonzert.

Rundfunksender in der Wüste. Die Bespredungen zwischen dem ägyptischen Kriegs- und Verkehrsminister haben zu einem Entwurf geführt, nach dem in Bahat el Caragua, Bahat el Kariga und Sinaï je ein Sender errichtet werden soll, um die drei bewohnten Wüstengebiete miteinander in Verbindung zu bringen. Die benötigten Verträge für die Ausföhrung dieses Planes sollen in den nächsten Staatsrat aufgenommen werden.

Wetter unverändert. Unter dem Einfluss eines Druckhohes, dessen Kern über dem Karpatengebiet liegt, ist es in der ganzen Republik heiter. Nur in den Niederungen und Tälern, wo es sich infolge der starken Ausstrahlung in der Nacht stark abkühlt, bilden sich gegen Morgen vielfach ziemlich dicke Nebel. Auf den Bergen ist es sehr warm. — **Wahrzeichen** in Lissabon: In den tieferen Lagen neblig, stellenweise Nebelgewölle, sonst höher überwiegend heiter. Temperaturen im allgemeinen wenig verändert, Südostwind.

Die Identität der drei Opfer der Hölle-maschinen-Explosion im Schnellzug Wien—Lgram—Sofal konnte bereits festgestellt werden. Es handelt sich um einen Edward Wachtel, Besitzer einer Versicherungsgesellschaft in Wien, um den Wiener Arzt Dr. Fritsch und um den Angestellten einer chemischen Fabrik in Prag mit namens Mirko Baratin.

Das Eisenbahnunglück Madrid—Santander hat vier Todesopfer gefordert. Es handelt sich um den Lokomotivführer, den Heizer, den Zugführer und einen Gendarmen. Die Zahl der Verletzten beläuft sich auf 20. Der Sachschaden ist beträchtlich.

Der Nebel, der sich Mittwoch abends über London niederschlug und als der dickste in diesem Winter in der englischen Hauptstadt bezeichnet wird, hat sich während der Nacht gehoben. Die Finsternis war an zahlreichen Stellen Ursache von Verkehrsstörungen, sowohl im Straßenbahn- als auch im Autoverkehr. In der Nähe von London kamen bei einem Verkehrsunfall vier Personen ums Leben, mehrere wurden verletzt. In Wimbledon mußte wegen dichten Nebels der Verkehr für einige Stunden überhaupt eingestellt werden. — Auf dem Tagebau „Deuben“ einer Braunkohlengrube bei Weizenfeld (in Sachsen) wurden drei Beamte der Berliner Waggonfabrik Orenstein und Koppel, der Dampfeningenieur Höder und der Monteur Mehlert, beim Ueberfahren der Geleise des Grubenbahnhofs am Uebergangsweg von einer Lokomotive überfahren und auf der Stelle getötet. Höder und Mehlert hatten auf dem Grubenbahnwagen einen neuen Wagen vorgeführt, und beim Ueberfahren des Bahnförderers infolge des dichten Nebels das Herannahen der Lokomotive nicht bemerkt.

Zu Tode mißhandelt. Der frühere Redakteur des kommunistischen „Massenkampf“ in Halle, Fritz Rau, ist im Berlin-Altmoabit Gefängnis zu Tode verurteilt worden. Er wurde letzten Herbst in Berlin verhaftet. Obgleich er „Verhör“ standhaft, wurde schwer mißhandelt und mußte ins Lazarett gebracht werden. Nach seiner Rückführung ins Gefängnis wurde er erneut derart gefoltert, daß er starb. Den Angehörigen teilte die Polizei mit, daß Rau Selbstmord begangen habe und auf Kosten des Wohlfahrtsamtes bereits beerdigt sei.

600 Angestellte eines New Yorker Riesenhotels streiken. Am Waldorf-Astoria-Hotel in New York, einem der größten der Stadt, traten am Dienstag abend plötzlich wegen der Entlassung eines Unterhofs ungefähr 600 Köche und weiteres Küchenpersonal in den Streik. Die Streikenden hatten vorher nicht die geringste Streikabsicht merken lassen. Sie verließen Punkt 10 Uhr ihre Dejen und Tische, obwohl vorher schon hunderte von Gästen in den Esssälen versammelt waren und die Speisen bestellt hatten. Alles Einwirken der Hotelleitung auf das Personal blieb erfolglos, so daß die drei Hauptrestaurents des Hotels geschlossen wurden. Später konnte ein Teil des Betriebes wieder aufgenommen werden.

Gegen Hitler? Die gleichgeschaltete „Völkische Zeitung“ veröffentlichte eine Kritik über die Premiere von Schillers „Mäubern“, die unvorsichtigerweise offenbar einen Angriff auf Hitler darstellte. „Die Mäuber“, heißt es in einem Abschnitt dieser Kritik, „vielleicht zuletzt als revolutionäre Fanfare gespielt, als Kühner Aufbruch und Ausbruch einer der Freiheit verschworenen Bande.“

Das Schicksal eines Wunderkinds

Am Tower eines noblen Wiener Hotels wurde, wie wir schon kurz berichteten, dieser Tage die 52-jährige Amalia Weiß verhaftet. Man brachte sie unter dem Verdacht des Betruges in das Landesgericht.

Das wäre an sich nichts Ungewöhnliches, kaum der Erwähnung wert, stünde im Hintergrund nicht ein tragisches Schicksal, das Leben eines Menschen, an dem einst Tausende Anteil genommen hatten.

Vor Jahrzehnten wurde die Frau, damals ein junges Mädchen, vom Publikum auf den Händen getragen, umjubelt und gefeiert, berühmte Künstler suchten ihre Bekanntheit, Könige besuchten sie, und wenige Jahre später lebten sie die gleichen Menschen den Rücken, ward sie vom gleichen Publikum verhöhnt, verlacht und dann in die Verfassung der Vergeßenen gestochen. Mit einem Wort, sie teilte das Schicksal der meisten Wunderkinder.

Sie hieß damals Amalie Heller und war eine berühmte Violinvirtuosin. Sie stammt aus einer angesehenen Wiener Familie, besaß schon als Fünfjährige die Violine wie ein altabemisches geschulter Musiker, wurde bald zur Mitwirkung an Konzerten herangezogen, trat dann allein auf, hatte großen Erfolg und galt seitdem als Wunderkind. Es folgten Konzerte durch alle europäischen Hauptstädte, und überall rief ihr wundervolles Geigenpiel größte Begeisterung hervor. Sie mußte vor Königen spielen, eine englische Adelige

werden in dieser Aufführung klar und eindeutig wieder zur Tragödie des Mannes, der die Gesetze der Erde und des Himmels umstoßen wollte und an der Erkenntnis, „daß zwei Menschen, wie ich, den ganzen Bau der sittlichen Welt zugrunde richten würden“, scheitern muß.“

Rundfunk-Propaganda in ukrainischer Sprache. Am amtlichen Berliner Rundfunksender, dessen Programm vom Propagandaministerium dirigiert wird, sind Vorträge in ukrainischer Sprache eingeführt worden. Die Themen befassen sich vor allem

mit der nationalsozialistischen Ideologie und Außenpolitik.

Nur für Proteste empfänglich? Am Tage der Einrichtung von der Lubbes hatte die sozialdemokratische Rundfunkorganisation gegen die Nazi-Blutjustiz dadurch protestiert, daß sie ihre Sendung um fünf Minuten unterbrach. Zur Strafe für diesen Protest gegen einen Mord hat der holländische Innenminister für den holländischen Arbeiterradio ein ganzjähriges Sendeverbot erlassen, das am 27. Jänner zur Anwendung kommt.

Ein Ende der Krankenhaushausnot!

Forderungen, deren Erfüllung lebensnotwendig ist

Wir haben in unserer Kritisserie, die sich mit der vielfachen Not des jüdisch-deutschen Krankenhauses beschäftigt, eine Fülle empörender Mißstände, Mißstände, die natürlich in erster Linie die Proletarier mit voller Wucht treffen, denen die finanzielle Trostlosigkeit ihrer Lage keinerlei Auswahl an Heilmitteln bietet.

Mit Genugtuung ist zu konstatieren, daß unserer detaillierten Kritik bereits erste Erfolge beschieden sind; der Karlsbader Stranzenhausneubau wird fortgesetzt und auch sonst sind gewisse Ansätze zu einer Reform unverkennbar. Bereits im letzten Artikel haben wir, aus der Erkenntnis heraus, daß Anlagen nicht genügen, sondern positive Vorkehrungen nötig sind, schon um der bedenklichen Zirkulation die Möglichkeit zu nehmen, auszuweichen, zahlreiche Anregungen formuliert. Der heutige Aufsatz, mit dem wir unsere Durchleuchtung des deutschen Krankenhauses wissens abschließen, wird diese Anregungen ergänzen und die Forderungen, die im Interesse der breiten notleidenden Massen gestellt werden müssen, in präzisierter Form zusammenfassen. Diese Forderungen ergeben sich, elementar und zwingend, aus der Verpflegung, die der sozial, fortschrittlich und zukunftsbegeistert eingestellte Mensch, Volk und Kultur gegenüber hat. Unsere hygienisch-familiäre Initiative dient darüber hinaus auch der inneren Konsolidierung der Republik, weil jeder erfolgreiche kulturelle Fortschritt viel sicherer die Herzen der Höheren erobert als tausend, gewiß hundertprozentig berechnete, Abwehr- und Sicherungsmaßnahmen!

Die Errichtung von allgemeinen öffentlichen Krankenhäusern ist hauptsächlich eine Angelegenheit der Gemeinden und der Bezirke. Seit mehr als vier Jahren sind Bezirk und Gemeinde aufeinander, ihren diebezüglichen Verpflichtungen nachzukommen; besonnene Erweiterungs- und Ergänzungsbauten, nach deren endlicher Indienststellung ganze Bezirke förmlich sichern, können deshalb nicht zu Ende geführt werden. Der chirurgische Pavillon in Kufstein zum Beispiel ist nach dreijähriger Wartezeit erst kürzlich verputzt worden, das neue Tuberkulosekrankenhaus in Eger, das 50 Betten zählt, steht seit zwei Jahren für und fertig da, kann aber nicht in Betrieb genommen werden, weil der Staat seine Subventionen nicht erfüllt. Welche erschütternde Analogie, wenn in anderen Bezirken die Not einer menschenmörderischen Ueberfüllung Krankenhausbereitungen zwingt, Schwerkranken einfach abzuweisen! Ganz ähnlich wie in Eger steht es in Brünn, wo der neuerbaute chirurgische Pavillon wegen finanzieller Schwierigkeiten lahmgelegt ist.

Unsere dringende Forderung ist hier: pünktliche Einhaltung der Termine bei den Subventionszahlungen, großzügigere Handhabung der Subventionsfrage überhaupt!

Wie bekannt, liegen im Land Böhmen aus der sogenannten Jubiläumsspende anläßlich des Geburtstages des Präsidenten der Republik, größere Summen noch ungenutzt, einsam und allein deshalb, weil sich bürokratische Prinzipienreiter über die Verteilung der Summen nicht einig werden können. Inzwischen steht das Egerer Tuberkulosekrankenhaus leer und verfallen da, weil das Reden eines verhältnismäßig geringfügigen Betrages den ganzen Betrieb handicapt. Ein Skandal, den man nicht entschieden genug andrangern kann. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß von verschiedenen Seiten projektiert wird, aus Mitteln der Jubiläumsspende eine Zentralklinik für Lungenerkrankte mit 300 bis 500 Betten zu errichten. Dieses Projekt ist unseres Erachtens verfehlt. Die Errichtung von Tuberkulose-Krankenhäusern mit circa 100 Betten, die von gut ausgebildeten Fachärzten geleitet wer-

den, dient weit mehr der energischen Bekämpfung der Tuberkulose, als eine Zentralklinik. Unsere Forderung lautet:

Umgehende Entscheidung über die Verwendung der Jubiläumsgelder und, statt einer durch Ueberlastung beschwerten, unzulänglichen Zentralklinik, sieben Tuberkulose-Krankenhäuser mit je 100 Betten.

Den Tuberkulose-Abteilungen an den Krankenhäusern werden zu den Verpflegungskosten für die Verköstigung der hier untergebrachten Lungenerkrankten Zuschüsse in der Höhe von 3 bis 6 Kc gewährt. Dieser Zuschuß ist viel zu gering. Das Land Böhmen hat im Jahre 1933 für diese Zwecke und Zuschüsse insgesamt nur 250.000 Kc ausgegeben. Hieraus erklärt sich wohl auch die völlig ungenügende Zahl der vorhandenen Betten.

Es ist zu fordern, daß die Zuschüsse zu den Verpflegungskosten entweder durch Unterstützung aus Staatsmitteln oder aus denen des Landes entsprechend erhöht werden, um daß neben der notwendigen Ergänzung der instrumentellen und medikamentösen Heilbede eine wirkliche Kost für Lungenerkrankte verabreicht werden kann!

An Fachärzten und an Spezial-Abteilungen herrscht bisher ein sehr empfindlicher Mangel. Es gibt noch eine sehr große Anzahl von Krankenanstalten, an denen bei einer Belegschaftsstärke von mehr als 150 Betten, nur ein chirurgisches Primariat besteht, an denen nicht einmal ein Internist, von anderen Spezialisten ganz zu schweigen; tätig ist!

Wir fordern die Verfüng von Fachärzten für Augenheilkunde, für Ohren- und Nasenheilkunde, für Frauen-, Haut- und Geschlechtskrankheiten und für Geburtshilfe. Die Errichtung von Spezialabteilungen ist ganz unerlässlich.

Die Zahl der ausgebildeten Hebammen ist viel zu gering. Die vor vier Jahren am Reichsberger Krankenhaus errichtete deutsche Hebammenschule genügt den Anforderungen nicht, sie kann nur eine beschränkte Anzahl von Bewerberinnen aufnehmen. Unsere Forderung geht dahin, möglichst sogleich eine zweite deutsche Hebammenschule, am besten im nordwestböhmischem Gebiet zu errichten. Die Ausgaben für diese Schule würden relativ gering und auf jeden Fall tragbar sein.

Bekanntlich bewilligen die Länder im Einverständnis mit den kompetenten Ministerialstellen die Neugründung von Krankenhäusern und schließlich auch ihre Erweiterungsbauten. Zugutegehen ist durchaus, daß kleinere Krankenhäuser ihrem Zweck mit einer verhältnismäßig hohen Verpflegungskosten nicht nachzukommen vermögen und förmliche Stöckchenhäuser sind. Es empfiehlt sich in manchen Fällen daher, die Kranken in die nächstgelegenen größeren Krankenanstalten mit Spezialabteilungen zu überführen. Wir fordern: Einen Planmäßigen, diesen Prinzipien angepaßten Ausbau der Krankenhäuser.

Die staatlichen Zuschüsse zu den Erweiterungsbauten und Neugründungen von Krankenhäusern sind aber durchaus ungenügend. Es ist festzuhalten, daß im Vorschlags des Gesundheitsministeriums an Subventionen für den Bau von Krankenhäusern in den letzten Jahren für den gesamten Staat nur 1.500.000 Kc vorgesehen waren. Der überwiegende Teil der Städte und Bezirke konnte überhaupt keine Staatszuschüsse erhalten.

Wir fordern, daß das Gesundheitsministerium entsprechende Kredite beschafft, so wie es ähnlich beim Straßenbaufonds der Fall ist, und innerhalb des Vorschlags für ihre Verzinsung und Amortisation sorgt.

Das Ministerium für Volksgesundheit trägt sich bekanntlich mit der Absicht, den Prozentigen Sanitätszuschlag zu allen direkten Steuern aus Sanierungsgründen zu beschlagnehmen. Wir sind von überzeugt, daß es für die Krankenhäuser geradezu katastrophal wäre, wenn ihnen die Zuweisungen aus der Sanitätsumlage, die sich ohnedies stark vermindert haben, gestrichelt würden.

Unsere Forderung: Solange man nicht die Krankenhaushausnot durch entsprechend höhere Steuern oder Zuschüsse aus anderen Titeln unterbinden kann, darf in der Verteilung der Sanitätsumlagen auf keinen Fall eine Veränderung eintraten!

Die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Krankenhäuser Böhmens sind durch den Abbau der Steuern, durch die Finanznot der öffentlichen Selbstverwaltungskörper und nicht zuletzt durch die allgemeine Wirtschaftskrise ungemein trostlos und verarmt geworden.

Eine weitere Senkung der Verpflegungskosten, so lautet nach gewissenhafter Prüfung unsere Feststellung, ist auf keinen Fall mehr tragbar.

Das ist nur ein Ausschnitt aus der Fülle notwendiger Forderungen, nur eine flüchtige Skizze, deren Befreiung, was notwendig ist, um das jüdisch-deutsche Krankenhauseswesen aus dem menschenunwürdigen Sumpf trostloser Verelendung herauszuführen! Forderungen, deren Erfüllung von zwingendster Notwendigkeit ist, wenn wir das schmälliche Stagnieren, das den offenen Abbau überwinden und die Krankenanstalten zu dem machen wollen, was ihr Zweck und ihre hohe menschliche Aufgabe ist:

Sei'stätten des leidenden, geplagten Volkes zu sein!

Corpus.



Dr. Milan Erskic, der jugoslawische Ministerpräsident, hat dem König die Demission seines Kabinetts überreicht

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Kampf der Raolinarbeiter in Wintersgrün

Die Firma Gewerkschaft „Margarete“ in Wintersgrün (Westböhmen) hat Ende Dezember ihrer Belegschaft als Weihnachtsgeschenk die freistufige Kündigung zuteil werden lassen. Als Grund wird vorübergehende Betriebseinstellung wegen Auftragsmangel angeführt. In Wirklichkeit handelt es sich aber der Firma darum, einen Lohnabbau von 15 Prozent durchzuführen.

Unter den Raolinbetrieben Westböhmens ist die genannte Firma jenes Unternehmens, wo von den Arbeitern die meisten Lohnkämpfe geführt worden müssen. Im Jahre 1927 wurden die meisten Arbeiter Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaft, ein 1930 geführter Streik unter kommunistischer Führung brach zusammen. Daraufhin wurde der Kollektivvertrag gekündigt und nicht mehr erneuert. Bis 1932 wurden die Löhne, ohne mit der Gewerkschaft zu verhandeln, einmala gekürzt und es beträgt nun die Senkung bei den Grubenarbeitern 37 Prozent, im Tagbau 50 Prozent, in der Schlammerei 30 Prozent, bei den Tagelöhnern und Professionisten 16 Prozent. Zugleich wurde die Arbeitsintensität gesteigert. Im Jahre 1930 wurden wöchentlich 36 Waggons, im Jahre 1933 45 Waggons Raolin erzeugt, während die Belegschaft von 160 auf 138 Mann überabgesetzt wurde. Die Firma erreichte daher bei einer 50-prozentigen Lohnsenkung eine Ueberzeugung von 46 Prozent. Wollen die Grubenarbeiter mehr als Kc 30.— täglich verdienen, dann bleibt ihnen zur Beobachtung aller Vorsichtsmahregeln bei ihrer gefährlichen Arbeit einfach keine Zeit übrig. Von 30 Grubenarbeitern erlitten in den Jahren 1931 bis 1933 22 Arbeiter Unfälle, wovon zwei mit Tod endeten. Bei den übrigen 20 Unfällen dauerte die Heilbehandlung vier Wochen und darüber hinaus. Von der Belegschaft erkrankten im Jahre 1931 95 Arbeiter. Als im November an die Arbeiter mit dem Vorschlag herangetreten wurde, einen 15-prozentigen Lohnabbau zuzustimmen, war die Arbeiterschaft verhandlungsbereit und wollte das Opfer eines vierprozentigen Lohnabbaues auf sich nehmen. Dieser Vorschlag sowie das Ersuchen, die Verhandlungen beim Gewerbeinspektorat in Karlsbad fortzuführen, wurden von der Firma abgelehnt, weshalb die Arbeiter in den Streik traten. Bezug von Arbeitern in diesem Betrieb ist daher fernzuhalten.

Das ist kapitalistische Wirtschaft

Internationaler Plan zur Vernichtung von Getreide und Wehl.

In der vergangenen Woche tagte in Paris der internationale Getreide-Beratungsausschuss. Die wichtigsten Agrarländer, aber auch England, hatten Vertreter entsandt, während sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit einem Beobachter begnügten. Bei den Beratungen über die Gleichschaltung der internationalen Getreidepreise und die Möglichkeiten der Erhöhung des Getreidekonsums wurde ein Vorschlag vorgelegt, der die Vernichtung von Getreide und Wehl (entsprechend wird hinzugefügt: „schlechter Qualität“) vorsieht. Dieser Vorschlag fand besonderes Interesse, und die nächste Welt-Getreidekonferenz in London wird sich mit ihm eingehend beschäftigen. — Inzwischen ist in manchen Ländern, u. a. auch in der Tschechoslowakei, eine Zunahme der Wintergetreide, insbesondere für Weizen, festzustellen, wozu die Landwirtschaft zweifellos durch die im Inland erzielten überhöhen Preise angereizt wird.

Dauernde Besserung im englischen Kleinhandel

Im Monate Dezember 1933 wies der Kleinhandel in Großbritannien wieder eine große Zunahme, und zwar um 4,1 Prozent im Geldwert gegenüber den Monat Dezember des Jahres 1932 auf. Es ist die vierte und größte Zunahme im letzten Geschäftsjahr. In dem Ausweis des Handelsministeriums heißt es, dieses Symptom deutet offensichtlich an, daß im englischen Detailhandel eine dauernde Besserung zu verzeichnen ist.

